

Überraschende Wende in der Syrienfrage

*Zusammenfassung der US-Berichterstattung für die Woche vom 09. bis zum 15. September
2013*

(ns) In dieser Woche dominierte die US-Berichterstattung eine unerwartete Wendung bei der Festlegung der amerikanischen Reaktion auf den von den USA als bewiesen erachteten Einsatz von Chemiewaffen durch das Regime des syrischen Präsidenten Bashar al-Assad. Nachdem noch am vergangenen Wochenende die amerikanische Presse nahezu einstimmig davon ausgegangen war, dass diese Woche ganz im Zeichen der Bemühungen der Obama-Regierung, die Unterstützung des Kongresses und der amerikanischen Bevölkerung für einen militärischen Alleingang der USA zu gewinnen, stehen würde, sorgte am Montag ein Kommentar des US-Außenministers John Kerry über die Möglichkeit einer freiwilligen Übergabe der chemischen Waffen an die internationale Gemeinschaft für eine Reihe neuer diplomatischer Entwicklungen. Zwar nannte die *Washington Post* den Kommentar und seinen Entstehungsprozess „unbeholfen“ und das Online-Magazin *Slate* lehnte die mögliche Interpretation des Kommentars als einen Teil eines ausgefeilten Plans der Obama Regierung entschieden ab; nichtsdestotrotz hatten bereits am Montagnachmittag sowohl der russische als auch der syrische Außenminister offen eine Bereitschaft zur Weiterverfolgung der von Kerry in einem scherzhaften Ton geäußerten Idee signalisiert. Weiterhin berichtete die *Washington Post*, dass der amerikanische Senat noch am Montag seine ursprünglich für Mittwoch angesetzte Abstimmung über einen amerikanischen Militärschlag auf unbestimmte Zeit verschoben hatte. Am Dienstagabend hielt Präsident Barack Obama daraufhin eine Fernsehansprache, welche die *Washington Post* als „Warteschleifenrede“ bezeichnete, da der Präsident keine eindeutige Aussage über die weitere Vorgehensweise machte. In einer überraschenden Geste wendete sich dann am Mittwoch in der *New York Times* der russische Präsident Vladimir Putin an die amerikanische Bevölkerung, wobei er unter anderem die das Konzept des amerikanischen Exzeptionalismus unterstützenden Teile der Ansprache des amerikanischen Präsidenten kritisierte. Die raschen Entwicklungen setzen sich auch den Rest der Woche fort: Syrien sandte am Donnerstag einen Brief an die Vereinten Nationen, um den Prozess des syrischen Beitritts zur internationalen Chemiewaffenkonvention in Gang zu setzen, und die USA und Russland einigten sich am Samstag in Genf grob über das weitere Vorgehen in der Syrienfrage. Das *Wall Street Journal* berichtete hierüber, dass Präsident

Obama diese Vereinbarung als einen „wichtigen und konkreten Schritt“ sehe, aber bei ausbleibender syrischer Kooperation ein zukünftiges militärisches Vorgehen der USA dennoch nicht völlig ausschließe.

Am Dienstag fanden außerdem in New York die Vorwahlen der demokratischen und republikanischen Partei zur Festlegung ihres jeweiligen Kandidaten für Bürgermeisterwahl im November statt, in welcher der amtierende parteiunabhängige Bürgermeister Micheal Bloomberg nicht mehr zur Wiederwahl kandidieren wird. Auf demokratischer Seite konnte hierbei Bill de Blasio, der im Moment das Amt des öffentlichen Fürsprechers, Public Advocate, der Stadt innehat, in einem Überraschungserfolg die meisten Stimmen für sich gewinnen. Sowohl die *New York Times* als auch die *Washington Post* sahen den Grund für Blasios Erfolg in seiner Wahlkampfstrategie, die ihn als den anti-Bloomberg Kandidaten mit der deutlichsten Abkehr von den politischen Positionen des amtierenden Bürgermeisters portraitierte. Aufmerksamkeit erregte jedoch auch ein Artikel des Politikwissenschaftlers Peter Beinart auf der Website *The Daily Beast*, welcher in de Blasios Sieg mehr als nur eine lokale Erfolgsgeschichte sah, sondern ihn als Vorbote für einen von jungen Wählern getragenen amerikaweiten Trend zu linksgerichteter Politik interpretierte. Die Frage, ob Bill de Blasio auch der offizielle demokratische Kandidat bei der Wahl im November sein wird, klärt sich allerdings laut der *New York Times* wahrscheinlich erst zu Beginn der nächsten Woche, da dann klar sein wird, ob de Blasio die 40% der Stimmen erreicht hat, die notwendig sind, um eine Stichwahl gegen den zweitplatzierten Kandidaten William C. Thompson, Jr. zu vermeiden. Als republikanischer Bürgermeisterkandidat steht Joe Lhota, ein früherer Vizebürgermeister des republikanischen Bloomberg-Vorgängers Rudolph Giuliani, nach den Vorwahlen am Dienstag bereits fest. Die *Washington Post* berichtete außerdem, dass sich die demokratischen Wähler gegen die Rückkehr der beiden skandalbehafteten Kandidaten, des ehemaligen Kongressabgeordneten Anthony Wieners und des früheren Gouverneurs Eliot Spitzers, in die Politik aussprachen, wobei letzterer nicht für das Bürgermeisteramt sondern das des städtischen Rechnungsprüfers kandidiert hatte.

Auch in zwei Bezirken im Bundesstaat Colorado wurden die Bürger am Dienstag zur Abgabe ihrer Stimme aufgefordert, allerdings in außerplanmäßig stattfindenden Abstimmungen über die mögliche Absetzung zweier demokratischer Abgeordneten des dortigen Senats, Angela Giron und John Morse, welche aufgrund von Bürgerpetitionen angesetzt worden waren. Die *Denver Post* berichtete, dass beide Abgeordneten ihre sogenannten recall elections verloren, was sie zu den ersten von den Bürgern während einer laufenden Amtszeit zurückgerufenen Abgeordneten in der Geschichte des Staates Colorado macht. Sowohl Giron als auch Morse hatten zuvor die in diesem Jahr in Colorado als Reaktion auf die Schießereien in einem Kino in diesem Staat und in einer Grundschule in Connecticut im vergangenen Jahr verabschiedeten verschärften Waffengesetze unterstützt, letzterer besonders lautstark als Vorsitzender des dortigen Senats. Die *Denver Post* interpretierte die Abstimmungsergebnisse

daher als eine deutliche Botschaft mit der Absicht, andere Politiker davon abzuhalten, sich für Verschärfungen von Waffengesetzen einzusetzen. Auch die *Washington Post* und die *New York Times* betonten den Einfluss dieser Ergebnisse auf die nationale Debatte über Waffengesetze. Die *Washington Post* wies hierbei auch auf die gut organisierten Aktivisten vor Ort hin, welche trotz der enormen finanziellen Unterstützung beider Seiten durch die Waffenlobbygruppe NRA und anti-Waffen Aktivisten wie Michael Bloomberg ihrer Ansicht nach die entscheidende Rolle spielten. Die *New York Times* sah die Niederlage der demokratischen Abgeordneten in einem weiteren Kontext, indem sie im Ergebnis auch eine Reaktion der Wähler auf die legislative Agenda der regierenden Demokraten in Colorado sah, welche neben Waffen auch andere umstrittene Themen wie staatliche Studienfinanzierungsunterstützung für illegale Einwanderer in Angriff genommen hatte. Die konservative politische Zeitschrift *National Review* beschränkte sich dagegen auf eine Interpretation, nach der lokale Waffenrechtsaktivisten enorme Hindernisse überwunden hatten, um ihrer Meinung Gehör zu verschaffen, und die linksliberale Zeitschrift *Mother Jones* bezeichnete das Ergebnis als einen großen Sieg für die NRA und andere konservative Organisationen und betonte, dass außerordentliche Wahlen nicht wirklich repräsentativ für die Meinung der Gesamtbevölkerung sind.

Ein weiteres wichtiges Ereignis in dieser Woche waren die Gedenkfeiern anlässlich des zwölften Jahrestages der Terroranschläge vom 11. Septembers 2001, welche am Mittwoch in New York, Pennsylvania, Virginia und Washington, D.C. stattfanden und neben der rituellen Verlesung der Namen der Opfer insgesamt sechs Schweigeminuten beinhalteten. Die *New York Times* berichtete, dass Präsident Obama bei seiner Rede am Pentagon, neben der Opfer der Anschläge des 11. Septembers 2001 auch der Opfer des Anschlags auf das amerikanische Konsulat in Benghazi, Libyen gedachte, welcher sich am selben Tag im vergangenen Jahr ereignet hatte. In ihrer weiteren Berichterstattung erinnerte die *New York Times* ihre Leser daran, dass auch in den vergangenen Monaten amerikanische Soldaten in Afghanistan gefallen waren und forderte sie dazu auf, den Preis, den die USA für ihre außenpolitischen Entscheidungen nach dem 11. September bezahlt hatten, bei ihrer Beurteilung der aktuellen Entwicklungen insbesondere in Bezug auf Syrien im Hinterkopf zu behalten. Abschließend berichtete die *New York Times*, dass im nächsten Frühjahr das nationale Museum zum Gedenken an die Ereignisse des 11. Septembers in New York eröffnet werden wird.

Quellen:

- <http://www.denverpost.com>
- <http://online.wsj.com>
- <http://www.nationalreview.com>
- <http://www.motherjones.com>
- <http://www.nytimes.com>

- <http://www.slate.com>
- <http://www.thedailybeast.com>
- <http://www.washingtonpost.com>